

## **Antrag**

**der Abgeordneten Marita Meyer-Kainer, Robert Heinemann, Hartmut Engels,  
Egbert von Frankenberg, Marino Freistedt, Dittmar Lemke und  
Brigitta Martens (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Sicherung der Elternrechte sowie Schlichtung und Lösung von  
Konflikten durch die Schulaufsicht**

In Hamburgs Schulwesen gibt es unterschiedliche Instrumente der Schlichtung oder Lösung von Konflikten – von den bisherigen Vertrauensausschüssen und künftigen schulischen Personalräten über Streitschlichter-Programme und die Ombudsfrau für die Schülervertretungen bis hin zu Angeboten für Eltern am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung.

Bei Konflikten zwischen Elternvertretern und Schulleitungen fehlt bislang jedoch häufig eine mit den örtlichen Details vertraute und dafür ausgebildete Person zur Klärung oder Schlichtung. Teilweise können die ehrenamtlich tätigen Elternvertreter daher ihre Rechte nicht erfolgreich wahrnehmen und resignieren, in anderen Fällen eskalieren Konflikte unnötig.

Die selbstverantwortete Schule baut maßgeblich auf der Mitwirkung aller vor Ort Beteiligten auf. Es ist daher notwendig, alle vorhandenen Potenziale auszuschöpfen und den Wettstreit der Ideen auf einer möglichst gleichberechtigten Basis zu führen. Hierzu kann die Schulaufsicht im Konfliktfall noch mehr als heute einen erheblichen Beitrag leisten.

Im Rahmen der Einführung der selbstverantworteten Schule ist es daher notwendig, die Konfliktlösung zwischen Elternvertretern und Schulleitungen zu einem wichtigen Bestandteil des Selbstverständnisses einer veränderten Schulaufsicht zu machen.

Ziel muss sein, dass die Elternvertreter im Konfliktfall in der Schulaufsicht einen ihnen bekannten und vertrauenswürdigen Partner haben, der dazu beiträgt, dass schulische Konflikte selbstverantwortet in der jeweiligen Schule unter Wahrung der Rechte aller Beteiligten diskutiert und entschieden werden.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

in die Aufgabenbeschreibung für die Schulaufsicht einer selbstverantworteten Schule die Schlichtung und Lösung von Konflikten zwischen Elternräten und Schulleitungen aufzunehmen und entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen durchzuführen. Über erste Ergebnisse ist der Bürgerschaft bis Herbst 2007 zu berichten.